

Schaftsfunktionäre, es sei ihre Aufgabe, solchen Betriebsleitungen die Argumentation für ihre Pflichtverletzungen auszuarbeiten, statt die Interessen der Belegschaft zu vertreten. Das alles ist eine ernste Angelegenheit, einmal vom Standpunkt der Arbeiter, dann auch für die Gewerkschaften, die dadurch ihren ureigensten Charakter verlieren, als auch für die Verwaltungen, denen mit solchem Verhalten kein Dienst erwiesen wird, und sehr ernst besonders auch für die Partei, deren Linie auf die Hebung des Lebensniveaus der Werktätigen gerichtet ist, und die nicht dulden kann, daß Gewerkschaftsleitungen statt Transmissionsriemen der Partei zu den Massen zu sein, eine Kluft zwischen beiden schaffen.

Es gilt also, restlose Klarheit über die Aufgaben der Gewerkschaften zu schaffen, in den Gewerkschaften selbst und auch in den Verwaltungen. Das ist notwendig, da heute viele Verwaltungen immer wieder versuchen, die Gewerkschaften in Aufgaben hineinzuziehen, die nicht die Aufgaben der Gewerkschaften sind. Da viele Gewerkschaftsfunktionäre diesen Bestrebungen noch immer nachgeben, sitzen sie heute in allen möglichen Kommissionen, wie in Kommissionen für Denkmalsschutz, für Museumschutz, für Bekämpfung von Mäuseschäden, in Gemüseaktiven des Kreises usw. usf., statt in die Betriebe zu gehen und dort bei der Planerfüllung und der Vertretung der Interessen der Werktätigen zu helfen.

Wir sehen also, daß bei vielen Gewerkschaftsfunktionären und Verwaltungsorganen völlige Unklarheit über die Aufgaben der Gewerkschaften als Organisationen der Arbeiterklasse herrscht. Diese Unklarheit wird auch dadurch genährt, daß die meisten Fachministerien immer neue Anweisungen auf alle möglichen Unterschriften der Betriebsgewerkschaftsleitungen herausgeben. Das alles hat mit wirklichem Mitbestimmungsrecht gar nichts zu tun, sondern hilft nur, den in den Gewerkschaften leider schon vorhandenen Bürokratismus noch zu festigen. Das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften liegt nicht in einer Teilnahme an Verwaltungsfunktionen, sondern in der Organisierung von Produktionsberatun-

gen der Arbeiter in den Betrieben, und besonders in der Sicherung der Verwirklichung des Kollektivvertrages in allen seinen Einzelheiten, auch in seinen kulturellen und sozialen Bestimmungen.

Wir müssen mit der Verzettelung der Gewerkschaftsarbeit, die zu einer solchen Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Hauptaufgaben führte, Schluß machen. Der Bundesvorstand des FDGB, der die eigentlichen Ursachen dieses Zustandes relativ spät erkannte und daher lange mehr die Symptome als die Ursachen bekämpfte, muß entschieden im Interesse der Arbeiter, der Partei und der Gewerkschaften, im Interesse jetzt des sozialistischen Aufbaues die notwendige Konzentration der Gewerkschaftsarbeit auf deren eigentliche und wirkliche Aufgaben herbeiführen. Die klaren und eindeutigen Formulierungen im Referat des Genossen Walter Ulbricht sind dazu eine wesentliche Hilfe. Aber sie müssen nicht nur von den Genossen in den Gewerkschaften, sondern von der Gesamtpartei verwirklicht werden. Auch bei manchen Funktionären der Partei gibt es noch große Unklarheiten über die Aufgaben der Gewerkschaften. Das zeigte der Text vieler Resolutionen von Kreisdelegiertenkonferenzen, in denen sehr selten von den wirklichen Aufgaben der Gewerkschaften die Rede war. Das zeigt auch die Tatsache, daß Gewerkschaftsfunktionäre oft wochenlang durch Parteiaufträge von wichtiger Gewerkschaftsarbeit abberufen werden, selbst in der Vorbereitung des Abschlusses der so wichtigen Kollektivverträge.

Wir haben also auf diesem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit eine ernsthafte Wendung durchzuführen! Lernen wir dabei von den sowjetischen Genossen, unter deren Leitung die sowjetischen Gewerkschaften sowohl in der Organisierung der sozialistischen Wettbewerbsbewegung unser großes Vorbild sind wie auch in der Vertretung der unmittelbaren sozialen und kulturellen Interessen der Werktätigen. Durch die Lösung beider Aufgaben wurden die sowjetischen Gewerkschaften zu einem so machtvollen Faktor der Arbeiterklasse im sozialistischen Aufbau. Das muß mit Hilfe der Partei auch von den Gewerkschaften des FDGB erreicht werden.



Zwickauer Kumpel entwickeln Knmpfplan zur Mobilisierung aller Reserven

Aus der Diskussionsrede des Genossen Alfred Baumann, Kandidat des Zentralkomitees und Nationalpreisträger

Im Auftrage der Kumpel des Zwickau-Oelsnitzer Bergbaus und im Auftrage der Kreisleitung unserer Partei lege ich der II. Parteikonferenz den Zwickauer Plan vor.

Der Zwickauer Plan geht davon aus, daß für die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik die Zeit gekommen ist, um auf allen Gebieten des Lebens mit sicheres Hand die Führung zu übernehmen. Er geht davon aus, daß unsere Kreisleitungen das entscheidende Kettenglied hierbei sind, weil sie in unmittelbarer Berührung mit den Massen stehen. Unser Plan geht vor allem von dem gewaltigen Aufschwung aus, der in den letzten Monaten über Tag und unter Tage zu beobachten ist.

Wir fühlen die Kräfte der Arbeit unserer Klasse wachsen und möchten ihre Aufgaben vor den Arbeitern der Welt in Ehren erfüllen.

Wir haben noch unabsehbare Reserven, die in dem Kampf um den Frieden und für unser deutsches Vaterland gewonnen werden können. Unser Plan wird dazu beitragen, diese Reserven zu mobilisieren.

Der Zwickauer Plan ist die Zusammenfassung der Energien des Kreises Zwickau zum Zwecke ihrer geschlossenen und verlustlosen Einsatzes im Kampf um das neue

Die Gewerkschaften sind Schulen des Sozialismus. Nach den Beschlüssen der* FDGB ist es die Aufgabe der Gewerkschaftsorganisationen, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, ihre geistige und kulturelle Entwicklung zu fördern und den sozialistischen Wettbewerb zu leiten. Daraus ergibt sich, daß die erste Aufgabe der Gewerkschaftsleitung im Betrieb die Durchführung des Kollektivvertrages ist. Wenn die Mitglieder der Gewerkschaftsleitung den Arbeitern die grundsätzliche Bedeutung des Kollektivvertrages und die Rolle der Arbeiterklasse erklären, wenn sie sich wirklich um den Menschen sorgen, dann werden wir vorwärtskommen. Walter Ulbricht, Aus seinem Referat auf der II. Parteikonferenz